Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/2257

05. 05. 88

Große Anfrage

der Abgeordneten Bohl, Dr. Miltner, Rühe, Spilker, Frau Verhülsdonk, Dr. Langner, Böhm (Melsungen), Borchert, Fuchtel, Frau Geiger, Haungs, Frau Dr. Hellwig, Herkenrath, Dr. Hornhues, Höffkes, Frau Hoffmann (Soltau), Hörster, Dr.-Ing. Kansy, Kittelmann, Lenzer, Lowack, Frau Pack, Pfeffermann, Dr. Pfennig, Dr. Rose, Sauer (Salzgitter), Schmidbauer, Freiherr von Schorlemer, Schreiber, Dr. Schroeder (Freiburg), Dr. Schwörer, Dr. Stercken, Weiß (Kaiserslautern), Freiherr Heereman von Zuydtwyck und Genossen und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Hoppe, Beckmann, Dr. Feldmann, Frau Folz-Steinacker, Frau Dr. Hamm-Brücher, Dr. Haussmann, Dr. Hoyer, Dr.-Ing. Laermann, Lüder, Ronneburger, Frau Seiler-Albring, Dr. Solms, Timm, Dr. Weng (Gerlingen), Zywietz, Dr. Graf Lambsdorff, Heinrich, Kohn, Richter, Frau Dr. Segall, Dr. Thomae, Frau Würfel, Kleinert (Hannover), Baum, Wolfgramm (Göttingen) und der Fraktion der FDP

Vollendung des europäischen Binnenmarktes

Der Europäische Rat hat am 11./12. Februar 1988 unter Vorsitz von Bundeskanzler Dr. Kohl einen großen Erfolg errungen. Das Reformpaket für die EG-Finanz-, Agrar- und Strukturpolitik konnte verabschiedet werden. Damit ist der EG ein entscheidender Durchbruch gelungen.

Wir begrüßen, daß nunmehr eine tragfähige Grundlage für die Vollendung des Binnenmarktes bis zum Jahre 1992 geschaffen wurde. Die Vollendung des Binnenmarktes ist ein bedeutender Schritt auf dem Wege zur Europäischen Union.

Die Europäische Gemeinschaft kann sich nun dieser großen Aufgabe der wirtschaftlichen und technischen Selbstbehauptung Europas mit Nachdruck widmen.

Die Mitgliedstaaten sind ebenfalls aufgefordert, die in ihrer Verantwortung stehenden Rahmenbedingungen für den Binnenmarkt zu schaffen und alle gesellschaftlichen Bereiche darauf vorzubereiten. Die Wirtschaft muß sich auf die Gegebenheiten des EG-Binnenmarktes einstellen, der eine Vielzahl von Strukturveränderungen mit sich bringt und neue Chancen für Wachstum und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eröffnet.

In der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der SPD zu den europapolitischen Vorhaben der Bundesregierung im Rahmen der deutschen Ratspräsidentschaft in der Europäischen Gemeinschaft (Drucksache 11/1752) hat die Bun-

desregierung erklärt, die Zeit ihrer Präsidentschaft im Rat der Europäischen Gemeinschaften gezielt zu nutzen, den gemeinsamen Binnenmarkt voranzubringen. Das schwierige und umfangreiche Regelungswerk für diesen Binnenmarkt weist aber weit über diese Zeitspanne hinaus.

Wir fragen die Bundesregierung:

A. Die wirtschaftliche Selbstbehauptung Europas

1. Welche Auswirkung wird die Vollendung des EG-Binnenmarktes in gesamtwirtschaftlicher und struktureller Hinsicht haben?
2. Wie wird sich nach Ansicht der Bundesregierung ein solcher europäischer Binnenmarkt auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft auswirken, welche Wirkungen sind hier insbesondere aus dem europäischen Binnenmarkt zu erwarten, und welche Wirkungen können sich aus dem Handel mit EG-Partnern ergeben?
3. Ist die Bundesregierung der Ansicht, daß bereits durch die sichere Erwartung des Binnenmarktes ein Investitionsschub in der deutschen Wirtschaft ausgelöst wird, und welche Teile der deutschen Wirtschaft werden ggf. durch einen solchen Ankündigungseffekt daran partizipieren?
4. Welche Wachstums- und Stabilitätseffekte werden sich nach Ansicht der Bundesregierung für die deutsche Wirtschaft und für die Wirtschaft der EG insgesamt im Zuge der Vollendung des Binnenmarktes verzeichnen lassen?
5. Welche Bedeutung mißt die Bundesregierung der Vollendung des Binnenmarktes für die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt zu?
6. Welche Kosten würde ein fortdauerndes „Nicht-Europa" nach dem der Bundesregierung vorliegenden Daten- und Zahlenmaterial mit sich bringen?

B. Der deutsche Beitrag zur Vollendung des Binnenmarktes

1. Welchen Beitrag muß die deutsche Wirtschaft zur Vollendung des Binnenmarktes leisten, welche Anpassungen sind hierzu notwendig, welche Wege sollte sie dafür einschlagen, und welchen Beitrag hat sie insoweit bereits geleistet?
2. Welche Regelungen betrachtet die Bundesregierung als vordringlich für die Verwirklichung des Binnenmarktes?
3. Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung getroffen, um die Arbeiten zur Vollendung des EG-Binnenmarktes voranzutreiben?
4. Welche konkreten Vorgaben lassen sich aus dem Binnenmarkt-Programm ableiten, welche Maßnahmen wurden bereits verwirklicht, welche Maßnahmen sind noch zu realisieren, und wie gestaltet sich der Zeitplan bis 1992 für die noch zu treffenden Maßnahmen?

5. Wie will die Bundesregierung gewährleisten, daß die von ihr durchgeführten und eingeleiteten Maßnahmen zur Entbürokratisierung z. B. im Bauwesen auch auf EG-Ebene umgesetzt werden?

C. Die Bedeutung des Binnenmarktes für die einzelnen Politikbereiche

1. Welche besonderen Maßnahmen sind nach Auffassung der Bundesregierung zur besseren Koordinierung der Wirtschafts- und Währungspolitik in der Europäischen Gemeinschaft im Zuge der Vollendung des Binnenmarktes zu treffen, wie beurteilt die Bundesregierung die Intensität der geplanten Investitionsbeihilfen in den Fördergebieten der Strukturfonds aus ordnungspolitischer Sicht, und welche Bedeutung mißt die Bundesregierung einer größeren Konvergenz der wirtschafts- und währungspolitischen Ziele bei?

2. Welche Bedeutung mißt die Bundesregierung dem europäischen Währungssystem bei?

3. Wie steht die Bundesregierung zu dem Ziel, die Europäische Gemeinschaft zu einer Wirtschafts- und Währungsunion zu entwickeln, und welche Schwierigkeiten sieht die Bundesregierung hierbei?

4. Welche Auswirkungen sieht die Bundesregierung durch die Schaffung eines freien Kapitalmarktes für die Bundesrepublik Deutschland?

5. Welche Vorstellungen hat die Bundesregierung für ein europäisches Zentralbanksystem?

6. Welche Steuerarten müßten nach Ansicht der Bundesregierung bis zur Vollendung des Binnenmarktes harmonisiert werden, und welche Alternativen zu einer völligen Harmonisierung sind nach Ansicht der Bundesregierung im Bereich des Steuerrechts zu erwägen.

7. Welche Gesichtspunkte sind für die Bundesregierung angesichts der wettbewerbsverzerrenden nationalen Vorschriften maßgebend, sich entweder für eine Harmonisierung dieser Vorschriften einzusetzen oder eine gegenseitige Anerkennung nationaler Regeln hinzunehmen?

8. Wie haben sich die Liberalisierungsbemühungen im Dienstleistungsbereich bislang entwickelt, und welche Prioritäten sieht die Bundesregierung auf dem Wege der Herstellung der völligen Dienstleistungsfreiheit?

9. Welche Maßnahmen sind nach Auffassung der Bundesregierung zur Verwirklichung des Binnenmarktes im Verkehrsbereich erforderlich, und welche gemeinschaftsweiten Regelungen über die Zulassung von Bewerbern zur gewerblichen Personen- und Güterbeförderung müssen erlassen werden?

10. Welche Konsequenzen resultieren nach Ansicht der Bundesregierung aus dem Abbau der Grenzkontrollen an den Bin-

nengrenzen zum 31. Dezember 1992? Welchen Handlungsbedarf sieht die Bundesregierung durch den Abbau der Grenzkontrollen, insbesondere auf den Gebieten der inneren Sicherheit, des Ausländerrechts, des Asylrechts, des Betäubungsmittelrechts sowie des Waffen- und Sprengstoffrechts?

11. Welche Maßnahmen sollten nach Auffassung der Bundesregierung bei der sozialen Flankierung der mit dem Binnenmarkt verbundenen Anpassungsprozesse im Vordergrund stehen?

12. Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes zu Harmonisierungen zu kommen und gegebenenfalls ergänzende Maßnahmen zu prüfen, um Wettbewerbsverzerrungen abzubauen und um den Schutz der Arbeitnehmer in der Europäischen Gemeinschaft zu sichern?

13. Welche Regelungen schlägt die Bundesregierung zur Anerkennung von beruflichen Befähigungsnachweisen und Studienabschlüssen vor, um die uneingeschränkte Freizügigkeit von Arbeitnehmern in der Europäischen Gemeinschaft zu ermöglichen?

14. Welchen Beitrag leisten die Programme der EG für Forschung und technologische Entwicklung zur Förderung des Binnenmarktes, und wie kann dieser Beitrag nach Auffassung der Bundesregierung gestaltet werden?

15. Welche Bereiche des Umweltschutzes sind nach Auffassung der Bundesregierung vordringlich in die Bemühungen zur Harmonisierung der Umweltstandards mit einzubeziehen?

16. Was wird die Bundesregierung unternehmen, um sicherzustellen, daß die unterschiedlichen Auflagen in den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft im Bereich Umwelt-, Natur- und Tierschutz sowie Baurecht und der technischen Überwachung von Maschinen und Anlagen nicht zu Wettbewerbsverzerrungen für die deutsche Landwirtschaft führen?

17. Welche Maßnahmen sind nach Auffassung der Bundesregierung zur Öffnung der Märkte der öffentlichen Auftragsvergabe erforderlich?

18. Welche konkreten Auswirkungen erwartet die Bundesregierung von einer Vollendung des Binnenmarktes in bezug auf die gemeinsame EG-Handelspolitik im Rahmen des GATT und bei Dienstleistungen sowie im Hinblick auf die Handelsbeziehungen zu den westlichen Industriestaaten, insbesondere den EFTA-Staaten, zu den Ländern der Dritten Welt und zu den RGW-Ländern?

19. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, im Zuge der Vollendung des Binnenmarktes auch einheitliche Kriterien für die Vergabe von Mitteln im Rahmen der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit festzulegen?

20. Haben sich nach den bisherigen Erfahrungen der Bundesregierung die neuen Instrumente und Verfahren nach der

Einheitlichen Europäischen Akte als ausreichend und geeignet erwiesen, die für die Vollendung des Binnenmarktes notwendigen Entscheidungen rechtzeitig und sachgerecht zu treffen? Findet insbesondere die Auffassung des Europäischen Parlaments ausreichende Berücksichtigung bei den Entscheidungen?

Bonn, den 5. Mai 1988

Bohl
Dr. Miltner
Rühe
Spilker
Frau Verhülsdonk
Dr. Langner
Böhm (Melsungen)
Borchert
Fuchtel
Frau Geiger
Haungs
Frau Dr. Hellwig
Herkenrath
Dr. Hornhues
Höffkes
Frau Hoffmann (Soltau)
Hörster
Dr.-Ing. Kansy
Kittelmann
Lenzer
Lowack
Frau Pack
Pfeffermann
Dr. Pfennig
Dr. Rose
Sauer (Salzgitter)
Schmidbauer
Freiherr von Schorlemer
Schreiber
Dr. Schroeder (Freiburg)
Dr. Schwörer
Dr. Stercken
Weiß (Kaiserslautern)
Freiherr von Heereman von Zuydtwyck
Bayha
Dr. Becker (Frankfurt)
Börnsen (Bönstrup)
Buschbom
Carstensen (Nordstrand)
Clemens
Dr. Daniels (Bonn)
Frau Dempwolf

Dörflinger
Doss
Eigen
Eylmann
Dr. Faltlhauser
Dr. Fell
Dr. Friedmann
Ganz (St. Wendel)
Gerstein
Dr. Grünewald
Harries
Frau Hasselfeldt
Hauser (Esslingen)
Hinrichs
Hinsken
Dr. Hüsch
Dr. Jobst
Jung (Lörrach)
Kalisch
Krey
Kroll-Schlüter
Dr. Kronenberg
Dr. Kunz (Weiden)
Dr. Lammert
Frau Limbach
Louven
Maaß
Magin
Marschewski
Müller (Wadern)
Müller (Wesseling)
Nelle
Dr. Olderog
Oswald
Pesch
Frau Rönsch (Wiesbaden)
Rossmanith
Ruf
Sauer (Stuttgart)
Schartz (Trier)
Schemken
von Schmude
Schulze (Berlin)
Schwarz
Seesing
Dr. Stark (Nürtingen)
Uldall
Dr. Vondran
Wilz
Frau Dr. Wisnieswki
Zeitlmann
Zierer
Dr. Dregger, Dr. Waigel und Fraktion

Hoppe
Beckmann
Dr. Feldmann
Frau Folz-Steinacker
Frau Dr. Hamm-Brücher
Dr. Haussmann
Dr. Hoyer
Dr.-Ing. Laermann
Lüder
Ronneburger
Frau Seiler-Albring
Dr. Solms
Timm
Dr. Weng (Gerlingen)
Zywietz
Dr. Graf Lambsdorff
Heinrich
Kohn
Richter
Frau Dr. Segall
Dr. Thomae
Frau Würfel
Kleinert (Hannover)
Baum
Wolfgramm (Göttingen)
Mischnick und Fraktion

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333